

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22. März 2009

AntragstellerIn: **KV Köln**

TO-Gegenstand: **Bildung**
- Änderungsanträge zu B-1



Antrags-Nr.:

B-1.4 a-c

Der Antrag zur LDK in Hagen 20.-22.3.09 B-1, wird wie folgt geändert:

5 a)

Zeile 105 ersetzen durch:

Unser Ziel: Eine gemeinsame Schule für alle Kinder

10

b)

Zeile 220 Neuen Punkt 3 einfügen:

15

Für einen neuen Bildungsbegriff

Wir brauchen einen neuen Bildungsbegriff, der sich an der ganzen
Persönlichkeit des einzelnen Kindes und Jugendlichen und seinem Recht
auf gesellschaftliche Teilhabe orientiert. Unsere Bildungspolitik steht
für entdeckendes und selbstbestimmtes Lernen. Kinder wollen lernen.
Diese Freude am Lernen zu fördern, Menschen ein Leben lang die Lust auf
neue Herausforderungen zu erhalten ist unser Ziel für alle
Bildungseinrichtungen. Bildung ist nicht bloße Wissensvermittlung
sondern eine Aneignung der Welt. Damit ist Bildung mehr als die Summe
des Nützlichen. Die frühe und intensive Begegnung mit der Vielfalt von
Kultur und Kunst, das Erleben eigener schöpferischer Kraft, von Neugier
und Selbstvertrauen in die eigene Kreativität, von Respekt und Toleranz
gegenüber Fremdem, ist für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
von entscheidender Bedeutung und damit Basis für eine gerecht gestaltete
Wissensgesellschaft.

20

25

30

c)

Zeile 405 streichen ("Schulkämpfen aller Art erteilen wir eine klare
Absage ebenso wie der Blockadehaltung der Landesregierung")

35

Zeile 405 neu: Der Blockadehaltung der Landesregierung erteilen wir eine
klare Absage.

40 Die Landesdelegiertenkonferenz bekräftigt ihren Beschluss vom Mai 2003
"Zeit zum Handeln im nordrheinwestfälischen Bildungssystem".

45

Begründung:

50 Im Antrag B-1 fehlt ein grüner Bildungsbegriff der ganzheitlich
ausgerichtet ist und sich von reiner Wissensvermittlung abhebt.

55 Insgesamt bleibt der Antrag hinter unserer bisherigen klaren Botschaft:
Eine Schule für alle Kinder, zurück. Es wird weniger unsere Programmatik
beschrieben, als der Weg über die Kommunen, der zu dem Ziel einer
leistungsgerechteren Schule führen soll. Die Auseinandersetzung für eine
optimale Schulstruktur als "Schulkampf " zu disqualifizieren, ist für
60 unser Anliegen, einen Wechsel in der Bildungspolitik herbeizuführen,
nicht hilfreich.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, unsere Beschlussfassung von
2003 zu bestätigen.

65